

FACE

to

FACE



Zwei Menschen, zwei Sichtweisen: **Katja Suding** (42) und **Marcus Weinberg** (50), Familienpolitiker der FDP- und CDU/CSU-Bundestagsfraktion, trafen sich auf STANDPUNKTE-Einladung in einem Hamburger Restaurant, um über die politischen Herausforderungen im Bereich Familien, Senioren, Frauen und Jugend zu debattieren.

Marcus Weinberg

... ist Hamburger, schloss dort 1997 sein Lehramtsstudium der Geschichte, Sozial- und Erziehungswissenschaften ab und arbeitete als Lehrer an einer katholischen Schule im Stadtteil Wilhelmsburg. Für die CDU Altona wurde er 2001 in die Bürgerschaft, dann 2005 in den Bundestag gewählt. Er führte den Hamburger CDU-Landesverband zwischen 2011 und 2015, seit 2014 ist der Vater eines Sohnes familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Standpunkte: Familienpolitik war in der letzten Wahlperiode ja sehr stark vom Thema ‚Vereinbarkeit von Familie und Beruf‘ geprägt. Werden unter der neuen Ministerin Franziska Giffey, die bisher SPD-Bezirkschefin im Berliner Problemkiez Neukölln war, nun Integrations- und Migrationsfragen in den Mittelpunkt rücken?

Weinberg: Richtig ist, dass die Familienpolitik und die Vereinbarkeit Familie und Beruf seit 2005 Schwerpunkte sind. Wir setzen das im Koalitionsvertrag für die kommenden Jahre fort, etwa mit dem Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich oder den Maßnahmen zur Steigerung

Fotos: Christian Augustin

der Kita-Qualität. Aber wir ergänzen diesen Fokus jetzt verstärkt um Themen wie Kinderarmut, Kinderschutz oder Integration.

Standpunkte: Also ein Weiter-So mit den unübersichtlichen Förderkatalogen, die nun noch um Punkte für Geringverdiener oder Zuwanderer ergänzt werden?

Weinberg: Nein, wir überprüfen wo es Fehlsteuerungen gibt. Zum Beispiel ergibt eine Entbürokratisierung des Elterngeldes Sinn. Schlechterstellungen für diejenigen, die nicht nur Einkommen durch nichtselbstständige sondern parallel durch selbstständige Arbeit haben, müssen abgebaut werden. Die Herausforderungen der Digitalisierung nehmen wir an, wir fördern die frühzeitige Rückkehr in die Erwerbstätigkeit.

Suding: Ich glaube nicht, dass das reicht. Wir brauchen eine grundsätzliche Debatte darüber, was die Ziele der Familienpolitik sein sollen. Das Handeln der Bundesregierung braucht klare Maximen und nicht eine weitere Maßnahmeninflation. Nehmen Sie das Elterngeld Plus, das zwar in die richtige Richtung weist, aber Schwachstellen hat: Geringverdiener werden eher abgehalten, frühzeitig wieder in den Job zurückzukehren. Das hat die Bundesregierung selbst festgestellt. So werden gerade Frauen eher ferngehalten vom beruflichen Aufstieg, das ist eine echte Fehlsteuerung und nicht nur ein Bürokratieproblem.

Weinberg: Da gibt es mehrere Faktoren, die das bewirken. Grundsätzlich muss doch gel-



Katja Suding

... wuchs im niedersächsischen Vechta auf, schloss in Münster ihr Studium der Kommunikations- und Politikwissenschaften sowie der Romanistik ab und arbeitete seit 1999 in Hamburg im Marketingbereich. 2011 und 2015 führte sie die FDP als Spitzenkandidatin in die Hamburgische Bürgerschaft, 2013 wurde sie in das FDP-Bundespräsidium gewählt. Seit Herbst 2017 ist die zweifache Mutter Bundestagsabgeordnete, stellvertretende Vorsitzende sowie Vorsitzende des Arbeitskreises I der FDP-Bundestagsfraktion, der neben Bildung und Forschung auch die Familienpolitik umfasst.



Engagierte Debatte: Die Bundestagsabgeordneten Katja Suding und Marcus Weinberg trafen sich in der Bel Étage des Café Paris in Hamburg.

ten: Wir brauchen Anreizsysteme, die die Menschen in ihrer jeweiligen Lebenssituation ansprechen und ihr jeweiliges individuelles Familienmodell stärken. Wir wollen gemeinsam die Freiheit der Familien stärken.

Suding: Das ist mir zu dünn. Die CSU stärkt mit dem Betreuungsgeld die traditionelle Mutterrolle und hält gerade Frauen mit Migrationshintergrund so von vernünftiger Integration ab. Die Bürokratie ist so gewuchert, dass man zum Ausfüllen der Elterngeld-Anträge ein Hochschulstudium braucht. Und sie ziehen sich auf die ‚Freiheit der Familie‘ zurück – da fehlt die stringente Linie. Wir brauchen zum Beispiel dringend eine Debatte, wie wir Familien ohne oder mit schwachen Deutschkenntnissen motivieren, ihre Kinder stärker an frühkindlicher Bildung teilhaben zu lassen. Elternhaus und späterer Bildungserfolg hängen immer noch viel zu sehr zusammen. Fast 200 Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen ausgeben, trotzdem Kinderarmut beklagen und dann die Kinderzuschläge nicht einkommensgerecht zu gestalten, da stimmt was nicht.

Standpunkte: Fehlt der Großen Koalition die große Linie in der Familienpolitik?

Weinberg: Nein. Mehr finanzielle Sicherheit, mehr Zeit für die Familie und eine gute Infrastruktur bilden diese Linie. Die Entbürokratisierung des Elterngeld-Plus-Systems wird die Freiheit der Familien genauso stärken wie die Bekämpfung der Kinderarmut. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung dient

im Übrigen auch der Wirtschaft: Gerade Alleinerziehende, meist Frauen, können sich so viel besser wieder in den Arbeitsmarkt integrieren und eigenes Geld verdienen. Es wird gerne gesagt, jedes Kind soll staatliches Geld für einen neuen Ranzen am Anfang des Schuljahres bekommen. Wir sagen, es ist wichtiger, dass die Eltern den Ranzen selber bezahlen können. Es muss die erste Priorität sein, Familien in die Situation zu versetzen, dass über Erwerbstätigkeit das Familieneinkommen steigt.

Suding: Also da wünsche ich mir, dass die große Koalition mutiger wird: Eine Diskussion über das liberale Bürgergeld, mit dem Transferleistungen transparent zusammengefasst werden, die wäre zum Beispiel sinnvoll. Stattdessen streitet die GroKo über ein solidarisches Grundeinkommen, das für eine kleine Gruppe von Langzeitarbeitslosen steuerfinanzierte Jobs auf einem künstlichen Arbeitsmarkt schaffen würde. Das funktioniert nicht.

Standpunkte: Sind die Unterschiede zwischen den erreichten Einigungen am Ende der Jamaika-Sondierungen und dem, was jetzt im Koalitionsvertrag steht, eigentlich so groß?

Suding: Wir waren dabei, deutlich mehr Geld für die Priorität Qualität in Kitas durchzusetzen, auch beim Personal. Jetzt geht es vor allem um Beitragsfreiheit.

Weinberg: Für die SPD war ein Prioritätsthema, dass Bildung von Anfang an kosten-

frei sein muss. Ich hätte mir das anders gewünscht, ich stehe für einen Qualitätsausbau.

Standpunkte: Lassen Sie uns mal zum Thema Rückkehrrecht in Vollzeit kommen. Was die Große Koalition hier den Unternehmen zumuten will, ist letztlich doch ein Eingriff in die Personalhoheit, der nur mit Teilleistungen ausgeglichen werden kann, die aber auch nicht gewollt sind, oder?

Suding: Das ist ein Widerspruch, auf den wir während der Jamaika-Gespräche mehrfach hingewiesen haben, ohne eine Antwort zu erhalten.

Weinberg: Die Ressource für die Familien der Zukunft ist Zeit und Zeitmanagement. Da wollen wir mehr Flexibilität ermöglichen und dennoch auch den Anforderungen der Wirtschaft entsprechen. Das ist auch ein Zielkonflikt. Die Union hat gegenüber der SPD durchgesetzt, dass kleinere Unternehmen vom Rückkehrrecht nicht betroffen sind. Das ist ein Kompromiss, wie er in der Politik oft nötig ist.

Suding: Aber das hat den Pferdefuß, dass weitere befristete Stellen geschaffen werden, was Gewerkschaften und SPD ja eigentlich nicht wollen. Das ist keine konsequente Politik.

Weinberg: Das Thema Zeitmanagement wird sowohl für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer mit Familie in Zukunft immer mehr zum Schwerpunkt werden. Homeoffice, Lebens- und Jahresarbeitszeitkonten, Flexibilisierung für Produktionsprozesse, aber eben auch Flexibilisierung der Lebensprozesse für Familien – all das wird sich nur mit neuen Ideen regeln lassen, an deren Ende Kompromisse stehen müssen.

Suding: Die Digitalisierung bietet hier eine Menge neue Chancen. Aber dafür müsste die Große Koalition endlich den Netzausbau erfolgreicher vorantreiben. Und wir müssen unsere Arbeitszeitregeln modernisieren: Die FDP setzt sich für eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ein, damit hier mehr Flexibilität möglich wird.

Weinberg: Das unterstütze ich, wir werden das in der Koalition diskutieren. Aber als Familienpolitiker sage ich auch: Es muss auch feste Ruhezeiten geben, zum Beispiel den Sonntag als klassischen Familientag. Ansonsten

können auch Flexibilisierung und Digitalisierung der Arbeitswelt zur Überforderung werden.

Standpunkte: Was kann Familienpolitik tun, gerade Mädchen und Frauen mehr für Technikberufe zu interessieren, wie es NORDMETALL seit Jahren mit vielen Projekten versucht?

Suding: Ich glaube, das Problem fängt in Kita und Grundschule an: Wir brauchen mehr Männer als Erzieher und Grundschullehrer, um festgefahrene Rollenbilder aufzubrechen. Ich war ja auf einer katholischen Mädchenschule, ich habe diese Rollenbilder nicht gelernt, deshalb gab es bei uns auch mehr Mädchen, die Physik und Mathe mochten ...

Weinberg: Da sind wir gesamtgesellschaftlich noch nicht erfolgreich genug, das stimmt. Deshalb müssen wir dranbleiben am Aufbrechen klassischer Rollenmodelle und Berufsbilder. Die Politik muss da noch intensiver mit Verbänden wie NORDMETALL in guten Initiativen zusammenarbeiten.

Standpunkte: In der europäischen Politik wird diskutiert, ob man familienpolitische Leistungen gegenüber Zuwanderern kürzt oder mindestens an den Nachweis der Teilnahme bei Integrationsmaßnahmen knüpft. Was halten Sie davon?

Weinberg: Wir brauchen mehr Anreize, damit gerade Familien mit Migrationshintergrund Angebote zur frühkindlichen Bildung oder für Sprachförderung annehmen. Das braucht mehr Verbindlichkeiten als bisher, wobei man sehr genau überlegen muss, ob und welche Restriktionen wirklich realistisch durchsetzbar sind.

Suding: Familienpolitik als Sanktionspolitik wird nicht funktionieren. Aber mehr Anreize schaffen, damit Integration gelingt und das auch mit Leistungen zu verbinden, das können schon Elemente einer modernen Einwanderungspolitik sein. Und die brauchen wir dringend.

Standpunkte: Wir danken Ihnen für das Gespräch. *Luc*

„Wir brauchen mehr Männer als Erzieher und Grundschullehrer, um festgefahrene Rollenbilder aufzubrechen.“